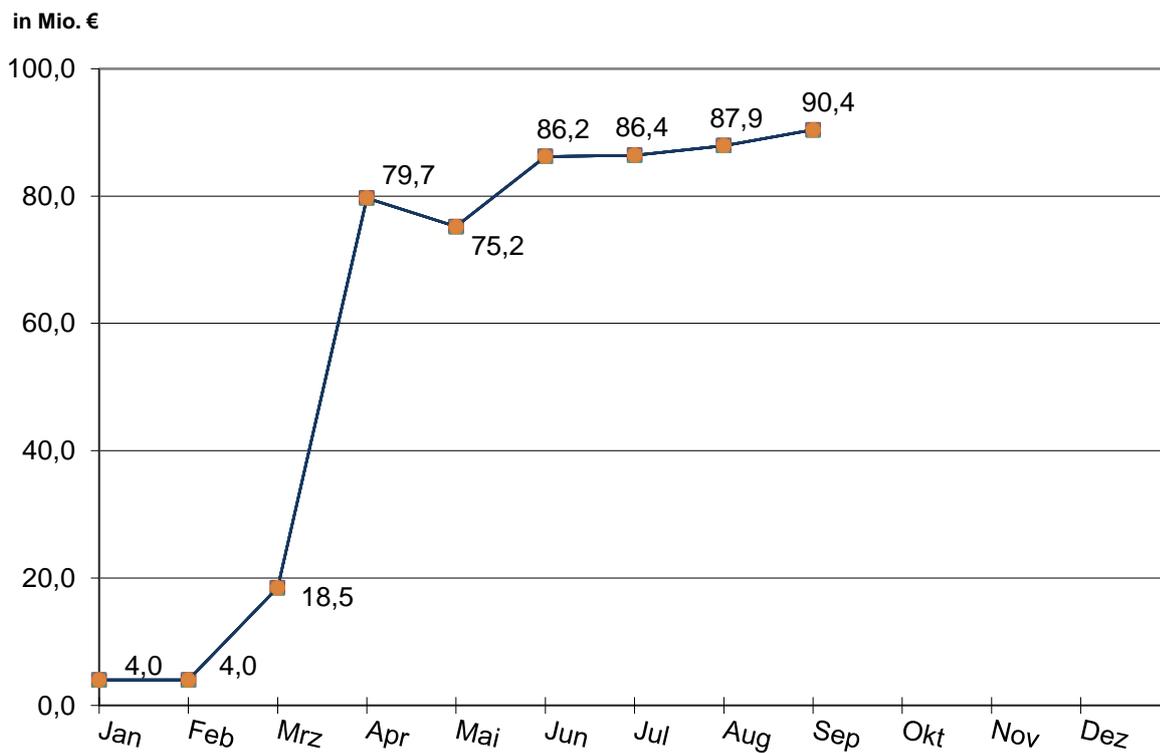


Jahresergebnisprognose der Stadt Wuppertal

Bericht zum Stand 30.09.2017

Jahresverlauf 2017 des prognostizierten Betrages



Vergleich zum Nachtragshaushaltsplan:

Progn. Betrag laut Nachtragshaushaltsplan:

+4,0 Mio. €

Progn. Betrag des Berichtes vom 30.09.2017:

+90,4 Mio. €

+86,4 Mio. €

Im Vergleich zum letzten Bericht wurde folgende wesentliche Veränderung aufgenommen (in Mio. €):

	Weitere Verbesserung bei der Landschaftsverbandsumlage	4,5
	Verschlechterung bei den Personalaufwendungen	-2,0

Im Vergleich zum Haushaltsansatz gibt es im Wesentlichen folgende Verbesserungen bzw. Verschlechterungen (in Mio. €):

↗	Verbesserung bei der Gewerbesteuer durch eine Einmalzahlung, ausgelöst durch einen Veräußerungsgewinn. Dieser Mehrertrag in Höhe von rd. 68,0 Mio. € ist laut Bezirksregierung ausschließlich zur Verminderung negativer Jahresergebnisse oder zum Abbau von Verbindlichkeiten einzusetzen.	68,0
↗	Aufgrund der anhaltend guten Entwicklung im Bereich Gewerbesteuer ergeben sich weitere Verbesserungen über das oben beschriebene Volumen hinaus.	10,0
↘	Verschlechterungen bei den Gewerbesteuerumlagen, vor allem bedingt durch den oben benannten erheblichen Mehrertrag aus Einmalzahlung.	-10,7
↗	Verbesserung beim Gemeindeanteil Einkommensteuer	3,9
↗	Verbesserung beim Gemeindeanteil Umsatzsteuer	0,9
↗	Verbesserung durch Erstattung vom LVR infolge der Auskehrung der nicht in Anspruch genommenen Rückstellung für den beendeten Rechtsstreit um die Zuständigkeit für Integrationshilfen.	10,7
↗	Verbesserung bei der Landschaftsverbandsumlage infolge der Reduzierung des Umlagesatzes auf 16,15 %; eine Absenkung des Umlagesatzes um weitere 0,75 Prozentpunkte soll mit der Nachtragssatzung 2017 verabschiedet werden.	8,3
↗	Verbesserung bei der Wohngeldentlastung des Landes aufgrund eines höheren Gesamtauszahlungsbetrages	1,5
↗	Verbesserungen bei den Zinsaufwendungen für Kassenkredite	4,0
↗	Verbesserungen bei den Kompensationsleistungen zum Familienleistungsausgleich	0,9

↘	Verschlechterungen bei den Hilfen zur Erziehung aufgrund gesteigener Leistungsentgelte (Tariferhöhungen) sowie leicht gesteigener Fallzahlen.	-3,8
↘	Verschlechterung im Bereich Zuwanderung und Integration (bei deutlich geringeren Fallzahlen) aufgrund des höheren Anteils geduldeter Asylbewerber, für die keine Landeserstattungen gewährt werden.	-6,0
↗	Verbesserung im Bereich der Inklusionshilfen an Schulen nach SGB XII infolge geringerer tatsächlicher Inanspruchnahme bewilligter Stunden (u. a. aufgrund von Erkrankungen)	0,7
↘	Verschlechterungen bei den Personalaufwendungen um brutto 6,5 Mio. €; durch Refinanzierung erfolgt eine Bereinigung um 4,5 Mio. €. Die Ursache für die Ansatzüberschreitung ist vornehmlich durch Nachversicherungspflichten im Beamtenbereich, Übernahme von Auszubildenden sowie erfolgter externer Einstellungen ohne zeitgleiche Fluktuation im Verwaltungsbereich begründet. Gegensteuerungsmaßnahmen werden derzeit geprüft	-2,0
Summe der Veränderungen		86,4

Chancen und Risiken:

- Aufgrund der anhaltend guten Entwicklung im Bereich Gewerbesteuer zeichnen sich derzeit weitere Verbesserungen über das bisher gezeigte Volumen hinaus ab.
- Verbesserungen bei den Rettungsdienstgebühren der Feuerwehr infolge der Nachholung von Bescheiderstellungen bzgl. des Jahres 2016. Die Abarbeitung der Rückstände wird sich über mehrere Jahre hinziehen.
- Verbesserung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gegenüber den Planungen zur HSP-Fortschreibung, da die Betreuungsintensität altersbedingt abnimmt.
- Nach Ankündigung der Landesregierung zum Nachtragshaushalt 2017 soll der kommunale Anteil an den geplanten erhöhten Krankenhausinvestitionsmitteln in Höhe von 100 Millionen Euro für dieses Jahr aus dem Landeshaushalt übernommen werden. Der zusätzliche Einnahmeanspruch des Landes soll in das Jahr 2018 verschoben werden.
- Mögliche weitere Verschlechterung bei den Personalkosten in Folge der Umsetzung der neuen EGO.